

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Vor allem Erzeugern und der industrialisierten Lebensmittelverarbeitung nützen gentechnisch veränderte Nutzpflanzen. Weniger Geheimniskrämerei und mehr Transparenz beim Umgang mit genmanipulierten Erzeugnissen fordert **Marliese Dobberthien MdB**.

Seite 1

Gegen verführerische Kreditgeschäfte mit Jugendlichen wendet sich der stellv. Vorsitzende der baden-württembergischen Landtagsfraktion **Günter Schrempf MdL**.

Seite 2

Neue Wege in der europäischen Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik zeigen **Dr. Liesel Hartenstein MdB** und **Willi Görlich MdEP** auf.

Seite 3

Dokumentation:

Zum Gedenken an die Opfer des SS-Massakers von Oradour-sur-Glane vor 50 Jahren sprach die stellv. SPD-Vorsitzende **Heldemarie Wleczorek-Zeul MdB** am Ort des Nazi-Verbrechens.

Seite 7

49. Jahrgang / 111

14. Juni 1994

Wem nutzen genmanipulierte Pflanzen wirklich?

Mehr Transparenz bei Freisetzungen und beim Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen

Von **Marliese Dobberthien MdB**

Durch die Novellierung des Gentechnikgesetzes ist die öffentliche Beteiligung bei den Genehmigungsverfahren für Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen weitgehend abgeschafft worden.

Ebenso ist bei Verfahren zur absichtlichen Freisetzung genetisch veränderter Organismen sowie deren Inverkehrbringen auf europäischer Ebene, wie sie die Richtlinie 90/220/EWG vorsieht, die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Aber auch die Parlamente, die Kontrollfunktionen wahrnehmen sollen, haben keine Möglichkeit, sich innerhalb des regulären Verfahrens mit den vorliegenden Anträgen zum Inverkehrbringen beziehungsweise zu Freilandversuchen zu befassen.

Ebenso ist im Bereich der Zulassung von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen, in dem vorliegende Kommissionsentwurf für eine Verordnung über neuartige Lebensmittel oder Lebensmittelzutaten keine Regelung vorgesehen, die gegenüber den Parlamenten oder der Öffentlichkeit zumindest eine Informationsverpflichtung enthält.

Betrachtet man die durchgeführten und geplanten Versuche mit gentechnisch manipulierten Nutzpflanzen, so geht es bisher beileibe nicht darum, gesündere Lebensmittel zu produzieren. Vielmehr zielen gentechnische Manipulationen in der Regel auf die Anpassung der Nutzpflanzen auf die Bedürfnisse einer industrialisierten Lebensmittelverarbeitung ab und nutzen somit in erster Linie dem Erzeuger und Verarbeiter und nicht den Verbraucherinnen. Insbesondere sind hier die Versuche zur Herbizidresistenz zu nennen.

Der Strategie, herbizidresistente Pflanzen zu kreieren, liegt eine widersinnige Philosophie zugrunde. Erst werden Herbizide produziert, um alle Wildpflanzen zu vernichten, dann werden Pflanzen hergestellt, denen die schädigende Wirkung der Unkrautvernichtungsmittel nichts anhaben kann, um anschließend unbeschwert Herbizide auf die Felder sprühen zu können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 D 1 57, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veröffentlicht durch
den Deutschen Bundestag
Reaktion-Papier



Der Gewinner eines solchen Verfahrens steht fest: es sind die Firmen, die sowohl Herbizide produzieren als auch jene gegen genau diese Herbizide resistenten Nutzpflanzen. Die Verlierer sind der Boden und seine Kleinstlebewesen, Oberflächen und Grundwasser. Verlierer sind ebenso die VerbraucherInnen. Sie bekommen Lebensmittel aus genmanipulierten Pflanzen mit neuen Eigenschaften auf den Tisch, deren gesundheitliche Risiken bis heute nicht abschätzbar sind. Politisch sind die Folgen bereits spürbar. Die Trinkwasserrichtlinie (80/68/EWG) sieht Belastungshöchstgrenzen für bestimmte gefährliche Stoffe wie Herbizide vor. Statt Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Einhaltung dieser Richtwerte ermöglichen, geht die Entwicklung in die entgegengesetzte andere Richtung: diskutiert wird die Anhebung der Höchstgrenzen.

Insbesondere die Langzeitfolgen in Folge von gentechnisch veränderten Pflanzen für Gesundheit und Umwelt können nicht benannt werden. Daher gilt es die Frage nach dem Nutzen gentechnischer Errungenschaften gegen einhergehende Risiken sorgfältig abzuwägen.

Wir fragen daher die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage "Öffentlichkeitsbeteiligung bei Freisetzungen und beim Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen" wie sie die Chancen und Risiken der entsprechenden Vorhaben beurteilt.

(-/14. Juni 1994/hgs/ks)

Problematische Kreditvergabe an Jugendliche **Keine Geschäfte mit der Unerfahrenheit von Jugendlichen**

Von Günter Schrepp Mdl.

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag

Es ist keine Seltenheit, daß Minderjährigen Angebote für Barkredite bis zu 9.000 DM oder mit Preisausschreiben verbundene Kreditkartenangebote ins Haus flattern. Immer wieder fallen Jugendliche aufgrund ihrer Unerfahrenheit auf diese scheinbar attraktiven Angebote herein. Auf eine parlamentarische Initiative der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion hat die Stuttgarter Landesregierung geantwortet, daß es Hinweise für eine höhere Verschuldungsbereitschaft gerade bei jüngeren Menschen gibt. Manche Banken machen sich dies zunutze und beuten somit die Unerfahrenheit der Jugendlichen aus.

Banken sollten bei der Vergabe von Krediten an Minderjährige deshalb restriktiver verfahren. Eine entsprechende Aufforderung hat auch das Stuttgarter Wirtschaftsministerium an die Bankenverbände gerichtet.

Mit der Unerfahrenheit von Jugendlichen dürfen keine Geschäfte gemacht werden. Die Banken sollten deshalb das sogenannte Jugendmarketing überdenken. Betrachtet man die Werbefeldzüge vieler Banken, so wird weniger das Sparen, sondern vielmehr das spontane Geldausgeben angepriesen. Dies ist eine bedenkliche Geschäftspraxis.

Nach meiner Meinung müssen sich die Banken an der Finanzierung von Schuldnerberatungsstellen beteiligen. Auch hier muß das Verursacherprinzip zum Tragen kommen. In diesem Zusammenhang muß geprüft werden, ob ein von allen Banken gemeinsam finanzierter Fonds geschaffen werden kann, aus dem kommunale Schuldnerberatungsstellen mitfinanziert werden.

Probleme ergeben sich auch, wenn Gläubiger von den Eltern eine Haftung für Verbindlichkeiten, zum Beispiel bei Kontoüberziehungen, verlangen. Viele Eltern bezahlen diese Verbind-

lichkeiten, obwohl sie wegen der fehlenden Zustimmung zur Kontenüberziehung ihrer Kinder nicht für die Schulden aufzukommen haben.

Da die Rechtslage nicht immer eindeutig ist, sollten betroffene Eltern Rat bei Verbraucherverbänden oder Schuldnerberatungsstellen einholen.

(-/14. Juni 1994/hgs/ks)

Für ein europäisches Modell der nachhaltigen Entwicklung
Neue Wege in der Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik - eine Zwischenbilanz

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Vorsitzende des Projekts Binnenmarkt und Umweltunion und
Willi Görlach MdEP
Agrarpolitischer Sprecher der Fraktion der sozialdemokratischen Partei Europas

Europa ist für Sozialdemokraten der entscheidende Handlungsraum für die nächsten Jahrzehnte. Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als Teil der Europäischen Union.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Arbeitsplatzkrise einerseits sowie die fortschreitende Umwelterstörung und übermäßige Ressourcenverschwendung andererseits erfordern zwingend neue tragfähige Konzepte für die Zukunft. Europa hat die Chance, ein Modell für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen, das auf einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch basiert. Jahrzehntlang haben sich beispielsweise Energieverbrauch und Verkehrsaufkommen im Gleichschritt mit dem Anstieg des Bruttosozialprodukts entwickelt mit den inzwischen sichtbar gewordenen verheerenden ökologischen Folgen: gewaltige Schadstoffemissionen, riesiger Flächenverbrauch, rasanter Artenverlust, Verstärkung des Treibhauseffekts.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in Zusammenwirken mit Abgeordneten des Europaparlaments in parlamentarischen Initiativen, Regionalkonferenzen und Anhörungen den Versuch unternommen, die Strukturen des europäischen Wachstumsmodells zu untersuchen, ökologische Defizite aufzuzeigen und Konzepte für eine nachhaltige, ökologische und sozialverträgliche Entwicklung zu erarbeiten. Zu den parlamentarischen Initiativen gehören u.a.

- Große Anfrage "Auswirkung des Binnenmarkts auf Umwelt- und Verbraucherschutz"
- Antrag Umsetzung des V. Umweltaktionsprogramms der EG für eine nachhaltige Entwicklung"
- Antrag "Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung der Europäischen Umweltunion"
- Große Anfrage "Klimaschutz in Europa"

Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung der Umweltunion

Das ursprüngliche Leitbild des europäischen Binnenmarkts, das sich ausschließlich an den erwarteten ökonomischen Vorteilen orientierte, würde die Umweltschäden erheblich verschärfen. Es muß deshalb durch Einbeziehung der sozialen und ökologischen Belange grundlegend korrigiert werden. Blicke es bei den alten Entwicklungsmustern, so würden die Umweltreparaturkosten ein Vielfaches dessen betragen, was rechtzeitige Umweltvorsorge erfordert hätte. Nach Schätzungen verursacht allein der motorisierte Straßenverkehr in Deutschland externe Kosten zwischen 100 und 250 Milliarden DM. Der Übergang zu einem neuen Modell einer nachhaltigen Entwicklung erfordert ein kombiniertes Konzept marktwirtschaftlicher und

ordnungspolitischer Instrumente. Grundsatz sollte dabei sein, daß die externen Kosten in die Marktpreise eingehen müssen, z.B. in die Energiekosten und die Kosten des Verkehrs.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, daß die Europäische Kommission ein "Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung der Europäischen Umweltunion" vorlegt - parallel zum Cecchini-Bericht von 1988, der die Kosten der Nichtverwirklichung des Binnenmarkts errechnete und auf ca. 430 Milliarden DM pro Jahr bezifferte.

Das Weißbuch soll außerdem darstellen, inwieweit eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaften der EU den technologischen Strukturwandel befördern und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen kann.

Große Anfrage "Klimaschutz in Europa" - Bundesregierung bleibt Antwort schuldig

Die künftige Gestaltung Europas ist ein Langfristprojekt. Aber auch kurzfristige Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise sollten bereits die Neuorientierung der Politik auf eine nachhaltige Entwicklung im Auge haben.

Außer durch den Aufbau einer europaweiten Umweltinfrastruktur (Recyclinganlagen, Abwasserreinigung, Trinkwasserversorgung), durch Verbesserung der Energieeffizienz und Energieeinsparung, Renaturierung von geschädigten Gebieten, Beseitigung von Aklasten etc. ergeben sich beträchtliche Beschäftigungseffekte.

Nach einer Untersuchung für die Europäische Kommission könnten z.B. durch ein EU-weites umfassendes Wärmeschutz- und Energiesparprogramm über 3 Millionen Arbeitsplätze für 10 Jahre sichergestellt werden. Damit wäre gleichzeitig ein enormer Fortschritt beim Klimaschutz erreicht durch die Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Anstatt Motor für ein neues Entwicklungsmodell zu sein, stellt sich die Bundesregierung dem Problem gegenüber taub. So hat sie die bereits am 4. Oktober eingebrachte Große Anfrage der SPD - Fraktion "Klimaschutz in Europa" bis heute nicht beantwortet.

Die größte und risikoärmste Energiequelle ist auf absehbare Zeit das Energiesparen, der effiziente Umgang mit den vorhandenen Energieressourcen. Die Klima-Enquete-Kommission des Bundestags hat ermittelt: bis zu 45 Prozent des heutigen Primärenergieverbrauchs könnten beim Stand der Technik eingespart werden. Damit ist das Energiesparen nicht nur die größte, sondern auch die billigste derzeit erschließbare Energiequelle. Die nationale Energiekostenrechnung könnte um 100 Milliarden DM mit einem Nettobeschäftigungseffekt von mindestens 500.000 Arbeitsplätzen entlastet werden. Dies bedeutet mehr Wohlstand durch Vermeiden unnötigen Energieverbrauchs.

Die deutsche Energiepolitik setzt bisher aber nicht auf Effizienz, sondern auf Masse. Sie fördert in erster Linie das Wachstum der Energieproduktion. Die Energieversorgung in der Bundesrepublik wird immer noch von gesetzlichen und institutionellen Regeln bestimmt, die höhere Effizienz behindern.

Integration des Umweltschutzes in die anderen Politiken der Gemeinschaft

Zur Schaffung eines neuen europäischen Wohlstandmodells ist sowohl ein Umsteuern in der Wirtschaft als auch eine Reform der Institutionen erforderlich.

Hauptforderungen der SPD sind:

1. Die Europäische Umweltunion muß zeitgleich mit der Wirtschafts- und Währungsunion verwirklicht werden.
2. Die zukunftsweisenden Vorgaben des 5. Umweltaktionsprogramms der Gemeinschaft sind zügig umzusetzen.
3. Bei der Revision des Maastricht - Vertrags 1996 muß der Umweltschutz als Gemeinschaftsziel im Vertrag verankert werden.

4. Die Einrichtung eines Umweltausschusses zusätzlich zum Wirtschafts- und Sozialausschuß bei der Europäischen Kommission ist dringend notwendig.
5. In den Normungsgremien auf EU-Ebene muß außer der Beteiligung der betroffenen Wirtschaftskreise auch eine Beteiligung der Umwelt- und Verbraucherverbände sichergestellt werden.
6. In den Generaldirektionen der Kommission müssen die Umweltabteilungen verstärkt und die Koordination zwischen den Direktionen muß verbessert werden.

Die zentrale Forderung des 5. Umweltaktionsprogramms der Gemeinschaft lautet, der Umweltschutz müsse **integraler Bestandteil** der übrigen Politikbereiche der Gemeinschaft sein. Vor allem in der Energie-, der Verkehrs-, der Industrie- und der Agrarpolitik müssen daher überholte Regelungen revidiert werden und grundsätzlich neue Konzepte verwirklicht werden. Ähnliches gilt auch für die Raumordnung, die Städteplanung und die Strukturpolitik.

EU - Strukturfonds in den neuen Ländern umweltverträglich einsetzen

In Teilbereichen hat die Europäische Union erste Schritte getan. Die Umsetzung der fortschrittlichen EU-Ansätze wird jedoch in vielen Fällen auf Ebene der Mitgliedsstaaten blockiert. Die Bundesrepublik spielt im europäischen Vergleich mit der Nichtumsetzung von knapp 30 umweltrelevanten EU-Richtlinien keineswegs die von Seiten der Bundesregierung propagierte Vorreiterrolle im Umweltschutz.

So ist zum Beispiel seit der Revision der EU-Strukturfondsverordnungen im Juli 1993 die Berücksichtigung von Umweltbelangen in der europäischen Regional- und Strukturpolitik zwingend vorgeschrieben. Dementsprechend verlangt die EU für den Einsatz von 27,5 Milliarden DM, die zur Unterstützung des Aufbaus in den neuen Ländern von der EU zur Verfügung gestellt werden, ein integriertes Entwicklungskonzept. Nicht zuletzt um die Einhaltung der EU-Trinkwasserrichtlinie in den neuen Ländern zu ermöglichen, soll gemäß diesem integrierten Ansatz ein Teil der Mittel für die Sanierung der maroden Abwasser- und Trinkwassersysteme eingesetzt werden. Die Bundesregierung hält jedoch an völlig veralteten und einseitigen Konzepten der Regionalentwicklung fest und fördert vorrangig Gewerbegebiete auf der grünen Wiese.

Damit wird akzeptiert, daß 9,6 Millionen Einwohner in den neuen Ländern zeitweise oder ständig qualitativ beeinträchtigtes Trinkwasser erhalten. Gesundheitsgefährdende Belastungen, insbesondere mit Nitrat, treten für 1,2 Millionen Einwohner auf. 1,4 Millionen Einwohner erhalten mikrobiologisch zu beanstandendes Trinkwasser.

Die Zügel der Regionalentwicklung sind in der Bundesrepublik fest in der Hand des Bundeswirtschaftsministers. Dieser verhindert bislang erfolgreich die Integration von Umweltbelangen in die Regionalentwicklung der Bundesrepublik.

Deutsche EU - Ratspräsidentschaft - die große Wende? Bundesregierung spricht doppelzünftig

Am 1. Juli 1994 übernimmt Deutschland die Ratspräsidentschaft in der EU. Damit hätte die Bundesregierung eine hervorragende Möglichkeit, neue Weichenstellungen für eine nachhaltige Entwicklung vorzunehmen. Es ist aber zu befürchten, daß die Chance vertan wird.

Zwar hat Bundesumweltminister Töpfer bereits eine Art Wundertüte präsentiert. Bei deren Öffnung zeigt sich jedoch, daß der Inhalt aus leeren Hülsen besteht. Nahezu alle Maßnahmen, die der Bundesumweltminister auf europäischer Ebene vollmündig ankündigt, sind in Anträgen der SPD enthalten, die jedoch im Bundestag von CDU/CSU und FDP ausnahmslos abgeschmettert werden.

1. Begrenzung des Kraftstoffverbrauchs

Es wirkt wenig glaubwürdig, wenn auf EU-Ebene Regelungen gefordert werden, die auf nationaler Ebene längst hätten durchgeführt werden können, z.B. Vorgaben an die deutsche Auto-

mobilitätsindustrie, den Treibstoffverbrauch pro Fahrzeug bis zum Jahre 2000 zu halbieren (5 I-Konzept).

2. Energiesteuer und Klimaschutz

Die Forderung Töpfers, daß bis zur ersten Rio-Folgekonferenz in Berlin 1995 eine EU-Energiesteuer in Kraft sein solle, bleibt Augenwischerei, solange Bonn in Brüssel keinerlei Initiativen entfaltet, um das Vorhaben voranzubringen. Darüber täuschen auch die Krokodilstränen nicht hinweg, die der Minister über den immer noch fehlenden Verordnungsentwurf der Kommission vergießt.

Auch beim Klimaschutz ist die Bundesregierung gewaltig im Verzug.

Das Ziel der Reduktion der CO₂-Emissionen um 25% wird nicht erreicht, weil bei allen wichtigen Maßnahmen Fehlanzeige herrscht: Wärmenutzungsverordnung, neues Energiegesetz, Energiesparprogramm usw.

3. Pestizid-Anwendung

Die wortreiche Beschwörung, man wolle den Grenzwert für Pflanzenschutzmittel in Trinkwasser nicht lockern, darf nicht vergessen machen, daß die Bundesregierung bisher untätig geblieben ist bei der immer noch fehlenden Harmonisierung der Pestizid-Verwendung in Europa. So sind Atrazin und Lindan zwar bei uns verboten, in Spanien aber weiterhin erlaubt. Nach dem Herkunftslandprinzip wurde demnach die lindanverseuchte Babynahrung in Spanien völlig rechtmäßig hergestellt.

Alle in einem EU-Land rechtmäßig hergestellten Produkte dürfen in allen andern europäischen Ländern frei auf den Markt kommen, entsprechend den Binnenmarktregelungen. Dies gilt auch für die 280 EU-weit zugelassenen Farbstoffe, Aromastoffe, Konservierungsstoffe etc. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Fazit:

Große Töne ersetzen keine wirksame Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. Die Bundesregierung verhält sich doppelzünftig, wenn sie in Brüssel anspruchsvolle Forderungen anmeldet, aber ihre eigenen Hausaufgaben nicht macht. Ca. 30 umweltrelevante EU-Richtlinien sind bis heute nicht in das deutsche Recht umgesetzt.

Zentraler Mangel der Töpfer-Liste ist indessen die Tatsache, daß sie lediglich ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen darstellt, aber keinerlei Konzeption erkennen läßt, die eine wirkliche Kurskorrektur signalisiert. Damit wird der Einstieg in eine nachhaltige ressourcenschonende Wirtschaftsweise verfehlt.

Europa braucht eine langfristige Reformperspektive

Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung müssen sein:

- Durchbruch zu einer neuen Energiepolitik mit konsequenter Effizienzsteigerung und Reduzierung des Verbrauchs
- Halbierung der CO₂- und anderer Schadstoffemissionen bis zum Jahre 2050 (entsprechend den Empfehlungen der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre")
- Verringerung des Abfallaufkommens
- drastische Reduzierung des Stoffeinsatzes und Schließung von Stoffkreisläufen
- strikte Begrenzung des Flächenverbrauchs
- Aufbau dezentraler Versorgungssysteme in der Lebensmittel-, Wasser- und Energieversorgung
- Umstellung der Agrarpolitik auf extensive Landbewirtschaftung
- Förderung regionaler Versorgungsstrukturen

- Begünstigung von Produktionsstätten und Produktionsformen, die kurze Transportwege ermöglichen
- Aufbau eines Verkehrssystems, das den jeweils umweltverträglichsten und energiesparendsten Verkehrsträgern Vorfahrt gibt.

Die bisherige Entwicklung läuft genau in die gegenteilige Richtung. Solange der betriebswirtschaftliche Kostenvorteil als alleiniger Maßstab gilt, ist kein Ende des übermäßigen Ressourcenverbrauchs abzusehen. Allein durch die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft, durch die internationale Arbeitsteilung und dem Trend zur Massenproduktion werden z.B. gewaltige neue Transportaufkommen erzeugt mit allen negativen Auswirkungen der Lärmüberflutung, des Schadstoffausstoßes und der Flächenversiegelung. Die Transportwege werden länger, nicht kürzer. Zur Umkehrung des Trends ist nicht allein eine neue Verkehrspolitik erforderlich, sondern auch eine neue Industrie- und Strukturpolitik.

Die Umstellung von einer ressourcenverschwendenden Wirtschaftsweise auf eine nachhaltige Entwicklung kann nur in Schritten erfolgen. Daher sind für die nächsten Jahrzehnte drei Dinge erforderlich:

- a) die Formulierung einer langfristigen Reformperspektive für Europa
- b) eine grundlegende Erneuerung der Rahmenbedingungen, z.B. im Steuer- und Abgabenrecht
- c) die Erarbeitung eines Stufenplans zur Umsetzung in den verschiedenen Politikbereichen.

Was wir brauchen, ist eine große Reformvision für das nächste Jahrtausend. Hier liegt eine große Aufgabe für die Europäische Union. Das 5. Umweltaktionsprogramm der EU stellte schon 1992 zu Recht fest: "In den Augen der Entwicklungsländer wird die Glaubwürdigkeit der industrialisierten Welt - und damit auch der Europäischen Gemeinschaft - in dem Maße steigen oder sinken, in dem sie ihrer eigenen Problem Herr wird."

(-/14. Juni 1994/hgs/ks)

DOKUMENTATION

"Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, wird anfällig für neue Ansteckungsgefahren."

Rede anlässlich der Kranzniederlegung in Oradour-sur-Glane am 11. Juni 1994

Von Haldemarie Wlaczorek-Zeul MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD

Mit dem Namen Oradour-sur-Glane werden auf immer der Terror und das Verbrechen der Nazis, der SS, begangen in deutschem Namen, verbunden sein.

Wie viele aus meiner Generation in Deutschland bin ich aus dem Entsetzen über die unvorstellbaren Verbrechen, die die Nationalsozialisten in deutschem Namen begangen hatten, poli-

tisch aktiv geworden. Wir wollten und wir wollen mit unserem eigenen Engagement dazu beitragen, daß Faschismus und Nationalismus nie wieder eine Chance in Deutschland haben. Wir haben unsere Eltern gefragt: "Warum habt ihr zugesehen? Warum habt ihr Hitler gewähren lassen?" Ich habe aus ihren Antworten für mein Leben gelernt: Nie wieder wegsehen, wo Unrecht geschieht. Rechtzeitig die Demokratie verteidigen. Verantwortung dafür übernehmen, daß aus unserer Geschichte für unsere Zukunft die richtigen Lehren gezogen werden.

Darum wollte ich heute hier bei Ihnen sein in Oradour-sur-Glane. Ich will mit Ihnen um die Menschen trauern, die hier durch die SS grauenhaft ermordet wurden. Männer, Frauen, alte Menschen, Kinder, Jugendliche.

Ich bin aber auch heute hier als stellvertretende Vorsitzende einer Partei, die durch den Namen Willy Brandts und aufgrund ihrer Geschichte untrennbar mit dem Widerstand gegen die Diktatur und gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verbunden ist. Sie hat Zehntausende ihrer Mitglieder in den nationalsozialistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern verloren.

In unser aller Namen, der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, aber auch im Namen der vielen Millionen Menschen, die sich Ihnen in Deutschland verbunden fühlen, möchte ich der Opfer des Massakers gedenken.

Unsere Gedanken gehen aber auch zu den vielen anderen Stätten der nationalsozialistischen Greuelthaten: Villeneuve-D'Asq, Marzobotto, Lidice.

Wir müssen den neuen Anfängen wehren und entschieden gegen neue Rechtsextremistische Gewaltakte und die Versuche, Demokratie zu zerstören, vorgehen. Der amtierende Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, hat das 1985 in seiner Ansprache aus Anlaß des 40. Jahrestages des Tages der Befreiung am 8. Mai so ausgedrückt: "Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, wird anfällig für neue Ansteckungsgefahren."

Europa war die Antwort auf Faschismus, Nationalsozialismus und auf Barbarei. Deshalb werden wir die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union, die enge Verbindung mit unserem Nachbarland Frankreich als eine Errungenschaft verteidigen, die nicht nur in Deutschlands unmittelbarem Interesse liegt, sondern auch eine Garantie für zivilisierte Entwicklung in Deutschland ist.

Die Europäische Gemeinschaft hat aus ehemaligen Feinden Partner, ja Freunde gemacht. Sie ist ein unverzichtbarer Rahmen für das Zusammenleben auf unserem Kontinent geworden. Der französische Präsident Francois Mitterrand hat das 1993 unnachahmlich so ausgedrückt: "In den zehn Jahren, die vor uns liegen, muß Europa so organisiert werden, daß es keine Kleinen und Großen, keine Schwachen und Starken mehr gibt. Ein Europa, in dem sich alle wiederfinden mit gleichen Rechten und gleicher Würde."

Im Gedenken an die Toten läßt uns für eine friedliche menschenwürdige Zukunft unserer Kinder arbeiten.

(-/14. Juni 1994/hgs/fr/ks)
